

München, 27.11.2013

## SPD: Im Fall Gurlitt bleiben viele Fragen offen

**SPD-Hochschulsprecherin Zacharias: Unterbringung der Sammlung und Rückgabe klären - Georg Rosenthal: Moralische Dimension sehen und NS-Opfern ihre Würde wiedergeben**

Die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Isabell Zacharias**, hält die Informationen, die Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback und Kultusminister Ludwig Spaenle heute vor dem Hochschulausschuss des Bayerischen Landtags zum Fall Gurlitt gegeben haben, für nicht ausreichend. "Wir begrüßen, dass beide Minister der Aufforderung der SPD gefolgt sind und berichtet haben, dennoch bleiben einige unserer Fragen offen." Dazu zählt Zacharias unter anderem die Frage, wo die Bilder, die Cornelius Gurlitt gehören, untergebracht werden können. "Wir können nicht erwarten, dass so wertvolle Kunstgegenstände wieder in eine Münchner Wohnung, der derzeit bekanntesten Adresse der Kunstgeschichte, gebracht werden. Vor allem ist mir wichtig, dass das Verfahren beschleunigt wird und künftig transparent abläuft. Der bisherige Umgang mit dem Kunstfund ist eine Blamage für Bayern und für Deutschland."

Zacharias setzt sich auch dafür ein, Gespräche mit Opferverbänden aufzunehmen und so schnell Herkunft und Besitzrechte zu klären und dafür ausreichend Personal zu Verfügung zu stellen.

Der Hochschulpolitiker **Georg Rosenthal** appellierte an die Staatsregierung, die moralische Dimension stärker zu berücksichtigen: "Wir sollten darüber nachdenken, wie wir den Opfern von damals heute ihre Würde zurückgeben können." Rosenthal bezog sich sowohl auf das Washingtoner Abkommen von 1998 als auch auf das Thesienstätter Abkommen von 2009, in denen sich auch die Bundesrepublik zu einem fairen Umgang mit NS-Raubkunst verpflichtet. Der frühere Würzburger Oberbürgermeister regt an auch, die Bestände staatlicher und nichtstaatlicher Museen auf NS-Raubkunst zu untersuchen.

Der Rechtspolitiker **Franz Schindler**, der im Ausschuss zu Gast war, stellte fest, dass erst die Berichterstattung im Nachrichtenmagazin FOCUS die Aufklärung des Falls beschleunigt hat. "Was wäre passiert, wenn der FOCUS nicht berichtet hätte?" Er finde es zudem merkwürdig, dass zwischen Gurlitts Kontrolle im Zug und der Sicherstellung der Bilder 18 Monate vergingen. Über den SPD-Antrag (17/93) wurde nicht abgestimmt. Am morgigen Donnerstag beschäftigt sich der Rechtsausschuss mit dem Fall Gurlitt.